

## "Rettung Europas" dans Die Zeit (26. August 1948)

**Quelle:** Die Zeit. Wochenzeitung für Politik-Wirtschaft-Handel und Kultur. 26.08.1948, Nr. 35; 3. Jg. Hamburg.

**Urheberrecht:** (c) Richard Tüngel

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"rettung\\_europas"\\_dans\\_die\\_zeit\\_26\\_august\\_1948-de-93e03320-312b-461b-9440-8d27095ead38.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 20/09/2012

## Rettung Europas

Die französische Regierung hat die Regierungen Großbritanniens, Hollands, Belgiens und Luxemburgs aufgefordert, Einladungen ergehen zu lassen, um in Brüssel eine Konferenz zusammenzurufen, die die Bildung eines Europaparlaments beraten soll. Es haben seit dem Ende des Krieges, viele Verbände, Ligen und Unionen an den verschiedensten Orten Europas Kongresse oder Versammlungen veranstaltet, auf denen wohlgemeinte Ideen entwickelt worden sind, wie man die europäischen Staaten vereinen könne. Es sind die alten Pläne für ein Pan-Europa des Grafen Coudenhove-Calergi wieder hervorgeholt und diskutiert worden. Winston Churchill, mit der großen Autorität seiner staatsmännischen Vergangenheit, hat sich an die Spitze einer europäischen Bewegung gestellt, und unter seinem Präsidium sind im Haag weitreichende Entschlüsse zustande gekommen. Zum erstenmal jedoch, und dies ist bedeutsam, hat die Regierung einer Großmacht mit der ganzen Autorität, die ihren diplomatischen Schritten zukommt, offiziell sich die Aufgabe gesetzt und in Angriff genommen, ein europäisches Parlament und damit eine gesamteuropäische Regierung vorzubereiten.

Nun ist es nicht so, daß dieser Schritt etwa auf die zufällige Zusammensetzung eines Kabinetts zurückzuführen sei, auf die Tatsache also, daß in ihm Paul Reynaud einen starken Einfluß besitzt, der sich auch auf die Außenpolitik erstrecken dürfte, und daß er damit in der Lage ist, die Gedanken, die er als Privatmann bereits auf dem Haager Europakongreß vertrat, nunmehr in die Tat umzusetzen. Vorausgegangen ist dem Beschluß der französischen Regierung zunächst ein Ersuchen des Koordinierungsausschusses des Haager Kongresses, das in der Form eines Memorandums an die Regierungen Westeuropas ergangen ist. Vorausgegangen ist ihm vor allem auch eine EntschlieÙung, die die Kommission für auswärtige Angelegenheiten der französischen Nationalversammlung gefaÙt hat und in der die Regierung dringend aufgefordert wird, die Initiative zu Verhandlungen mit den übrigen europäischen Regierungen zu ergreifen, mit dem Ziel, eine europäische Versammlung einzuberufen. Diese sollte, so war vorgeschlagen worden, aus Vertretern der verschiedenen Parlamente bestehen und vier Aufgaben erfüllen.

Die Menschenrechte sollten neu beraten, formuliert und als internationale Rechtsgrundlage verkündet werden. Alle Maßnahmen zur Durchführung des europäischen Wiederaufbauprogramms sollten verglichen und auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Es sollten drittens die Abkommen einander angeglichen werden, die zwischen denjenigen Ländern bereits abgeschlossen sind, die dem Komitee für europäische Wirtschaftszusammenarbeit angehören. Und endlich wurde die Regierung aufgefordert, Pläne zu erörtern und vorzulegen, die geeignet sein könnten, die Union der europäischen Nationen zu stärken und die Ausarbeitung einer Bundesverfassung für die Föderation aller demokratischen Nationen Europas zu ermöglichen.

Bereits bei dem letzten Treffen, das die Außenminister der westeuropäischen Union vereinte, hat der damalige französische Außenminister Bidault seinen Kollegen eine EntschlieÙung vorgelegt, in der die Bildung eines Bundesparlaments für Europa gefordert wurde. Zugleich hatte er auch beantragt, daß eine Wirtschafts- und Zollunion gebildet werden solle, der sich alle europäischen Nationen anschließen könnten. Damals erklärte Bevin, man solle im gegenwärtigen Zeitpunkt „die Verfolgung solcher Pläne lieber der Initiative privater inoffizieller Körperschaften überlassen, die sich an solchen Dingen interessiert zeigen“. Diese kühle, ironische Ablehnung steht in einem eklatanten Gegensatz zu der nicht zu verkennenden Begeisterung, mit der der europäische Gedanke von den lateinischen Nationen aufgenommen und weitergesponnen wird. Die französische Regierung hat sich denn auch durch diese kühle Aufnahme nicht entmutigen lassen, und auch Italiens Außenminister Graf Sforza hat sich immer wieder mit betontem Elan für das Projekt eines Vereinten Europas eingesetzt.

Nun könnte man versucht sein, die Ablehnung Bevins auf das Ressentiment zurückzuführen, das die Labour-Party gegen Winston Churchill hat, weil er mit dem ganzen Prestige eines Kriegspremiers, der soeben noch Führer einer nationalen Regierung aller drei Parteien gewesen war, sich so schnell wieder in den Parteienkampf gestürzt hatte. Der Gegnerschaft, die hieraus entstanden ist, war es ja auch zuzuschreiben, daß die Labour-Party sich offiziell von dem Europa-Kongreß im Haag, der unter dem Patronat von Churchill tagte, distanziert hat. Doch wenn man auch der Ansicht sein darf, daß persönliche Empfindlichkeiten einen außerordentlichen Einfluß in der großen Politik der Völker haben, so wäre es doch

verkehrt, die sachlichen Gründe zu übersehen, die England veranlassen, in der Frage eines europäischen Parlaments zögernd vorzugehen.

Großbritannien ist ja nicht nur eine dem europäischen Kontinent zugehörige Insel, sondern auch der Mittelpunkt eines Empires. Wohl könnte man sagen, Frankreich sei in einer ähnlichen Lage, der Unterschied jedoch ist, daß das französische Empire in der modernen Konzeption der *Union Française* völlig homogen ist — oder zumindest so behandelt wird, als sei es dies — während London das Zentrum eines Commonwealth ist, dessen Mitglieder bereit sind, jederzeit eine sehr eigenwillige Politik zu treiben. Anders gesagt, die Politik, die in Paris gemacht wird, kann entworfen und durchgeführt werden in der Überzeugung, daß man berechtigt sei, zu entscheiden, was für das französische Empire, die *Union Française* richtig und fruchtbringend ist. Die Londoner Politik hingegen muß damit rechnen, daß die Dominien ein eigenes Urteil darüber haben, was nicht nur für sie, sondern zugleich auch für das Mutterland Großbritannien — für den Mittelpunkt des Commonwealth also — richtig und bekömmlich sei. So ist es also für die englische Regierung zweifellos schwerer als für die französische, sich mit den Fragen eines europäischen Bundesparlaments zu befassen.

Dennoch war das Echo in der englischen Presse auf den neuen Schritt der französischen Regierung erstaunlich günstig. Ein kleiner Mißton allerdings mischte sich in den reinen Klang. Immer wieder tauchte das Argument auf, hier sei eine Gelegenheit gegeben, auch die Deutschen zuzulassen — zu den Besprechungen nämlich — und ihnen auf diese Weise das Gefühl zu geben, daß sie gleichberechtigt zu Europa gehörten, ohne ihnen dabei eine tatsächliche Macht oder ein echtes Mitbestimmungsrecht zu gewähren. Wir wollen das gern richtig verstehen, wir erkennen an, daß es im Hinblick auf die jüngste Vergangenheit nicht leicht sein kann, das Mißtrauen gegen uns zu überwinden, oder, wo es überwunden ist, dies einzugestehen. Wenn wir uns dennoch gegen diese Anschauung wenden, so geschieht dies nicht aus Ressentiment oder politischer Rechthaberei, sondern nur deshalb, weil auf diese Weise dem europäischen Gedanken nicht gedient und das reine Licht des europäischen Ideals verdunkelt wird.

Es handelt sich doch bei dem Zusammenschluß Europas um unendlich viel mehr als eine militärische oder wirtschaftliche Allianz. Über ihren militärischen Wert kann man einstweilen bestimmt verschiedener Meinung sein, noch mehr gilt dies, zumindest bei uns, von den wirtschaftlichen Vorteilen. Es mag sein, daß der Westen, einschließlich Großbritanniens, an der Entwicklung der deutschen Industrie und der Ausbeutung der deutschen Rohstoffe zur Ergänzung der eigenen Wirtschaft interessiert ist, im umgekehrten Sinne ist ein solches Interesse bei uns nicht unbedingt vorhanden. Ein großer Teil des deutschen Exports ging früher nach dem Osten und Südosten Europas. Es gibt heute noch manche Deutsche — natürlich besonders bei den liberalen Wirtschaftlern — die in dem Handel mit Rußland und seinen Satelliten die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sehen. Und so sind denn auch jene bei uns vorhanden, die vor einer zu engen staatsrechtlichen Bindung an den Westen warnen, und die sich mit den Vorbereitungen für ein Europaparlament aus dem gleichen Grunde versöhnen, aus dem die englische Öffentlichkeit dies tut, daß hier nämlich die beste Gelegenheit gegeben sei, Deutschland auf dem europäischen Parkett wieder einzugewöhnen, ohne es mit zuviel Verantwortung zu belasten.

Dies alles jedoch bedeutet eine Politik, deren Kleinlichkeit dem weltgeschichtlichen Augenblick nicht gerecht wird. Wer sich in Deutschland oder sonst in der Welt noch einbildet, wir könnten so etwas wie ein Bindeglied zwischen Ost und West werden, jene so oft erwähnte „Brücke“, von der mit vieler Sentimentalität gesprochen wird, der dürfte den tatsächlichen politischen Verhältnissen recht fremd gegenüberstehen. Solange Deutschland ein starker Staat war, konnte es versuchen, eine selbständige Rolle zu spielen, doch hatte auch dies durchaus seine Grenzen. So pflegte Stresemann regelmäßig, wenn er Briand gegenüber in Genf die deutsch-französische Einigkeit besonders stark betont hatte, in Berlin sogleich nach seiner Rückkehr mit dem russischen Botschafter Verbindung aufzunehmen, um ihm zu versichern, daß sich an dem traditionellen deutsch-russischen Verständnis nichts geändert habe. Wer glaubt, eine ebenso schwache Selbständigkeit — immerhin eine Selbständigkeit — ließe sich wieder erreichen, der vergißt, daß mit dem Kreml, seit ihm der mit alliierter Hilfe errungene Sieg zu Kopfe gestiegen ist, von keiner Seite mehr auf dem Fuße einer Gleichberechtigung zu verhandeln ist.

Bekanntlich sind die Sowjets schroffe Gegner einer Europa-Föderation. Das Argument, das sie dabei geltend

machen, ist das gleiche, das Molotow in Paris gegen den Marshall-Plan vorbrachte: die nationale Souveränität der einzelnen europäischen Länder müsse erhalten bleiben. Professor Levin, einer der führenden Sowjet-Juristen, hat diesen Satz, der angesichts der Vergewaltigung der ost- und südosteuropäischen Staaten für uns so seltsam klingt, näher erläutert. „Ein Volk“, so sagte er, „muß im Innern volle Gewalt haben, seine Struktur zu ändern.“ Es werde daran verhindert, sobald es an ein föderales, internationales System gebunden sei. Innerhalb eines solchen Systems, innerhalb eines föderierten Hauses — damit gebraucht er ein Bild von Lincoln — könne nicht die Hälfte aus Freien, die andere aus Sklaven bestehen, so könne es auch nicht zur Hälfte von Kommunisten, zur Hälfte von Kapitalisten bewohnt werden. Hieraus wird klar, daß jede europäische Föderation für die Sowjets hassenswert ist, weil sie fürchten müssen, daß in den Einzelstaaten die Möglichkeit verringert werden könnte, durch einen kommunistischen Umsturz nach tschechoslowakischem Muster das sowjetische Empire zu vergrößern.

Es ist hiernach klar, daß Deutschland eine Mittlerstelle zwischen einem freien Westen und dem kommunistischen Osten nicht wieder einnehmen können. Es muß also jetzt für eine lange Zukunft seine Wahl treffen. Der Osten würde einem kommunistischen Deutschland vermutlich sehr bald eine Gleichberechtigung bieten. Wirtschaftlich würde nach einer kurzen Übergangszeit voraussichtlich die deutsche Lage erträglich werden. Der Westen hat uns bisher eine solche Gleichberechtigung nicht geboten, unsere wirtschaftliche Lage müssen wir bei einer Einstellung auf eine westeuropäische Wirtschaftsverflechtung nicht unbedingt als günstig ansehen. Dennoch haben die Deutschen sich — wie das Berliner Beispiel zeigt — mit geradezu fanatischer Begeisterung für den Westen entschieden. Nach herkömmlichen Begriffen müßte man dies eine sehr schlechte Politik nennen. Aber dies ist es eben, es gibt in der europäischen Politik herkömmliche Begriffe nicht mehr.

Dies nicht nur begriffen, sondern diese Erkenntnis auch in die Tat umgesetzt zu haben, das macht die Größe der heutigen französischen Außenpolitik aus. Es ist schon so, ohne Kühnheit kann den freiheitliebenden Völkern Europas eine Rettung vor der östlichen Drohung nicht kommen. Nicht die Jugend, von der soviel geredet wird, und um deretwillen man so viele Kongresse veranstaltet, sondern die Generation der Siebzigjährigen, der Churchill, Reynaud und Sforza hat dieses Werk unternommen. Diese Generation weiß eben noch um alle Schätze, die es zu retten gilt, viel besser naturgemäß als jene Jugend, die sich auf den Schlachtfeldern herumtreiben mußte. Aber die Jungen sollten begreifen, was für eine geistige Unabhängigkeit und Größe bei diesen Männern dazu gehört, die gewohnte Politik von Jahrhunderten zu verlassen und auf neuen Wegen voranzuschreiten, um die alten Ideale zu erhalten.

Der Kreml wird in seiner Politik sehr weit gehen, um die Vereinigung der westeuropäischen Staaten zu verhindern. Uns wird er das schmerzlichste Opfer, das möglich wäre, aufzuerlegen versuchen, die Zerreißung Deutschlands. Aber er kämpft gegen etwas, was nicht mehr zu besiegen ist: die europäische Freiheit. Seit Europa sich wiedergefunden hat, seit es sich darauf besonnen hat, was es war, ist und weiter bedeuten wird, hat es seine unüberwindliche Stärke zurückgewonnen.

Der Zeitpunkt, zu dem der Schritt der französischen Regierung erfolgte, ist kühn gewählt: Großbritannien muß Rücksicht nehmen auf die bevorstehende Empire-Konferenz, Italien ist in Unsicherheit über Triest und das Schicksal seiner Kolonien, Deutschland hat ebenso wie Österreich im Osten keine Grenze, sondern eine offene Wunde, seine Wirtschaft, die am Beginn ihres Aufbaus steht, muß erst mit Vorsicht dem Westen und seinen Möglichkeiten in Europa und Afrika eingegliedert werden. Dennoch war es gut, nicht auf die Schwierigkeiten zu blicken, nicht zu zögern, sondern vorwärtszustürmen. Denn es eilt einen Wettlauf zwischen Freiheit und Knechtschaft.

Es ist nicht lange her, da ging im neutralen Ausland das böse Wort um, die Franzosen seien die Totengräber Europas. Jetzt bereiten führende Männer dieses Volkes die Rettung Europas vor.

Richard Tüngel